

Sozial-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Sozial-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Beibringen 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark, und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Nachnahme: zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Preisen berechnet; die Zeile 0,21 Goldmark. Besondere Preise für Kleinanzeigen 10 und 20 Cent. Druckarbeiten: 7431. Druck-Verlag: „Verlagsgesellschaft Halle (a. S.)“. Druck-Verlag: „Verlagsgesellschaft Halle (a. S.)“.

Sozialistenparade.

Der sozialistische Parteitag und die Parteitagegenossen.

Im preußischen Abgeordnetenhaus sind die sozialdemokratischen Delegierten zum diesjährigen Parteitag zusammengetreten. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Wiederholt hat man den Termin dieses Parteitages abgeändert. Die letzte Verschiebung fand statt, als die Reichstagswahlen angeschrieben wurden. Die sozialdemokratische Parteiteilung hielt damals die Vorfrist für den besseren Teil der Tapferkeit und verlegte die parteigenössliche Auseinanderlegung auf die Zeit nach den Wahlen. Sie hätte sonst fürchten müssen, daß der Parteieinbruch beim Aufmarsch zum Wahlkampf gelingert wurde. Mit Mühe und Not gelang es, die beiden Flügel durch Kompromisse zusammenzuhalten, auf denen die rechten und die linken Flügelteile miteinander abwechselten. Hätte man es vorher zum Parteitag kommen lassen, so wäre wahrscheinlich jede Kompromißmöglichkeit geschwunden und eine kommunisistische Fraktion von 90—100 Mitgliedern sowie ein flüchtiger Rest der sozialdemokratischen Fraktion wären die Folge gewesen. So hat man wenigstens die Parteieinheit retten und das Gesicht der Partei noch einigermaßen wahren können.

Aber auf wie lange! Das ist die Frage, die auf dem sozialdemokratischen Parteitag beantwortet werden soll. Die Tagesordnung sieht leidlich harmlos aus, ist aber auch nichts weiter als das Schema F. Ganz unabhängig davon bringen die Delegierten eines sozialdemokratischen Landesverbandes eine Sprengbombe mit. Das sind die Sachsen. In diesem ehemals von Dr. Jeigner und den Kommunisten beherrschten Freistaat ist die Landesorganisation vollkommen mit der parlamentarischen Fraktion versallen. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion hat nach dem Sturze Jeigners die große Reaktion mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei bilden helfen. Die Fraktionsminderheit hat dieses Verfahren als Verrat gebrandmarkt, und sie hat fast die gesamte Landesorganisation auf ihrer Seite. Hier ist der Brennpunkt, an dem sich das aufgebäute Pulver der inneren Parteifeinde entzünden kann.

Der sozialdemokratische Parteitag wird grundsätzlich zu entscheiden haben, ob eine Landtagsfraktion, wie es die sozialdemokratische Mehrheit für sich in Anspruch nimmt, ihren eigenen politischen Kurs bestimmen kann oder ob sie von dem Wotum und von den Direktiven der Landesorganisation abhängig ist. Das wäre an sich eine formelle Frage und brauchte die Gemüter nicht in Aufregung zu versetzen. Aber hinter der Formalität steckt natürlich ein sehr harter sachlicher Kern. Die sozialdemokratische Linie ist mit ihrem Herzen bei den radikalen Sachsen, die die große Koalition nicht wollen, und die Rechte sieht auf der Seite der Fraktionsmehrheit, die in diesem Landtage das Zusammengehen mit den Bürgerlichen nicht geliebt hat. Die sächsischen Verhältnisse haben eine ziemlich enge Parallele in Thüringen und wenn auch hier ein innerer Parteikonflikt nicht gegeben ist, so verläßt doch der thüringische Anhang sehr häufig das Gesicht der radikalen Sachsen, die gegen jede Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen sind.

Man braucht nur den Kurs der preussischen Sozialdemokratie und die Regierungsstätigkeit Seenerings und Brauns ins Auge zu fassen, um zu sehen, weshalb ein außerordentlich großer Gegensatz zwischen der sozialdemokratischen Linien und der sozialdemokratischen Rechten liegt. Das Ganze ist eine Frage des Strichziehens nach links. In Preußen ist dieser Strich mit aller Entschiedenheit gezogen. Die Kommunisten haben niemanden mehr als Seenering. In Sachsen dagegen ist der Grenzstrich außerordentlich verwischt, und es besteht in sehr vielen Organisationen des Landes das nachbarfeindliche Verhältnis weiter, das Kommunisten und Sozialisten dort

Vor der Präsidentenwahl in Frankreich.

Paris, 13. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Heute nachmittag tritt die Nationalversammlung zur Wahl des Präsidenten der Republik in Versailles zusammen, aber heute vormittag noch ist es durchaus unbestimmt, welcher von den beiden Kandidaten, die einzig in Betracht kommen, Doumergue oder Painlevé, als Sieger hervorgehen wird.

Wenn nicht alles trügt, wird die heutige Präsidentenwahl durch die Nationalversammlung in Versailles einen sehr ereignisreichen Verlauf nehmen, ja man kann wohl danach, wie sich die Dinge im Verlaufe des gestrigen Tages entwickelt haben, damit rechnen, daß die Wahl nicht ohne Zwischenfälle abgehen und schließlich mit einer Ueberraschung enden wird. Die anfängliche Siegerwartung der Einkäuferpartei hat einer gewissen Niedergeschlagenheit und Verwirrung in diesen Kreisen Platz gemacht. Da sich bei der gestrigen Vorabstimmung die Wünsche für Painlevé bedeutend vermindert haben. Von den 500 eingeladenen Abgeordneten waren nur 477 erschienen. Von diesen 477 Stimmen konnte Painlevé nur 306 Stimmen auf sich vereinen, während Doumergue 149 Stimmen erhielt, obwohl er ausdrücklich vor der Wahl durch einen Einfluß darauf hingewirkt hatte, daß er nicht daran denke, bei der Vorwahl zu kandidieren. Aber Doumergue wird kandidieren, weil seine Freunde ihn dazu drängen und weil er für den Fall, daß Painlevé nicht im ersten Wahlgang gewählt wird, die meiste Aussicht hat, in das nächste einzziehen zu können. Herriot erklärte, er werde von Doumergue nicht das Mandat zur Regierungsbildung übernehmen.

Darüber ist die Verwirrung groß, wie folgende Drahtmeldung aus Paris erkennen läßt:

Die Einkäuferpartei, haben Donnerstagabend noch einmal eine Sitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, wenn es möglich sei, sich auf einen dritten Kandidaten zu einigen, wenn Painlevé und Doumergue sich bereit erklären, zurückzutreten. Als dieser einzige und neue Kandidat der Einkäuferpartei wurde Herriot gewählt. Painlevé erklärte sich bereit, zu Gunsten Herriots zurückzutreten. Eine Abstimmung, die sich zu Doumergue bezog, erhielt von diesem aber den Bescheid, daß er nichts dagegen tun kann, wenn seine Freunde seine Kandidatur aufrecht erhalten. Es herrscht infolgedessen in den Einkäuferkreisen eine große Erregung. Herriot soll erklärt haben, daß er die Bildung des Ministeriums

ablehnen würde, wenn Doumergue mit Unterstützung der Rechten gewählt wird. Wenn Herriot die Bildung des Kabinetts nicht annimmt, würde Briand jedenfalls die Bildung des Kabinetts übernehmen.

Die Rechte rüft sich, um auch ihrerseits einen Kandidaten für die Präsidentenwahl zu bezeichnen. Und dieser kann heute mittags 1/2 Uhr die große Ueberraschung bringen, die dann auf alle Fälle ein Kabinetts Herriot zur Unmöglichkeit macht und damit alle Versuchspläne Herriots für London gegenstandslos macht. Denn auch seine Heufuchens, daß er als Kandidat werde, um eine Entspannung mit Deutschland herbeizuführen. Weitere Meldungen besagen:

Paris, 13. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Zur Frage des 3. Kandidaten für die Präsidentenwahl schreibt „Petit Journal“: Man habe von dem radikalen Senator Maurice Sarraute gesprochen, dem Bruder des Kolonialministers im 1. Kabinetts Poincaré, er habe auf Anfragen „Nein“ gesagt. Nun wird von dem Senator Vivien-Martin und Rene Renoult gesprochen. Das Blatt weiß aus durch Wiederholungen einer Photographie auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Legeux hin.

Paris, 13. Juni (Eig. Drahtmeldung.) Allgemein betrachtet die Einkäufer die Kandidatur Painlevés als sehr gefährlich. Die Beschlüsse, die von Komitee aller Einkäuferpartei gestern Nacht gefaßt worden sind, haben keine Klärung in die Situation gebracht. Alles schwebte an dem Widerstand Doumergues, der weder als Kandidat zurücktreten, noch sich als offizieller Kandidat der Einkäuferpartei erklären lassen wollte. Doumergue rednet damit, mit den Stimmen der Rechtsparteien gewählt zu werden. Die Morgenpresse stimmt in der Meinung überein, daß Doumergue die größte Aussicht hat, wenn nicht mit absoluter Mehrheit, so doch im zweiten oder dritten Wahlgang gewählt zu werden.

Wie uns noch aus Paris abdrückt wird, rednet Poincaré mit seiner Wahl zum Senatspräsidenten.

einmal in einer Regierungscoalition vereinigt hat. Von Landespolitik zu Landespolitik wird der Streit also ausgefochten werden müssen. Ob er auf die Reichspolitik übergreift, ist eine andere Frage.

Ganz gewiß sind auch in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die schärfsten Gegensätze vorhanden. Aber es gibt zurzeit keine akute Streitfrage, an der sich diese Gegensätze entzünden könnten. Die Koalitionsfrage ist im Reiche für die Sozialdemokratie nicht mehr gegeben. Sie wird es für lange Zeit voraussichtlich nicht mehr sein. Der große Gegenstand der deutschen Reichspolitik, das Sachverständigengutachten, findet die sozialdemokratische Reichstagsfraktion leidlich einig. Bei der letzten Reichstagsabstimmung, bei der es sich um die Billigung des Regierungsprogramms handelte, hat die sozialdemokratische Fraktion geschlossen mit „ja“ gestimmt und zu diesem Zweck ziemlich den letzten Mann aufgegeben. Hier hält also weniger die Liebe zur Regierung als die Feindschaft gegen die Rechte die auseinanderstrebenden Geister der Reichstagsfraktion noch beisammen. Trotzdem aber ist es selbstverständlich, daß für den einseitigen Weiterbestand auch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sehr viel davon abhängt, ob die tiefen grundsätzlichen Gegensätze innerhalb der Gesamtpartei durch den Parteitag verwickelt oder noch einmal überklärt werden. Der Verlauf des Parteitages wird auf diese Frage bald genug Antwort geben.

Kritik an Wallraf. In der letzten Sitzung des Reichstages hat der jetzt deutschnationale Abg. Quanz in seiner bekannten Art dem Minister Dr. Stresemann zugeworfen: er halte ein Plädoyer für das Ausland. — Die „Köln. Ztg.“ (Nr. 400 vom 7. Juni) schreibt über diesen Zwischenfall folgendes: „Als der Mini-

ster in berechtigter Erregung einen solchen Vorwurf als eine Infamie kennzeichnete, hielt es der Präsident Wallraf, der ganz andere Zwischenrufe zu überhören gewohnt ist, für angebracht, dem Minister die parlamentarische Ungehörigkeit seiner Verteidigung vorzumerken, obwohl gerade hier die schärfste Abwehr Wahrung berechtigter Interessen nicht nur der Person, sondern auch der Regierung und damit des Reichstages war. Eine solche Ermahnung des Präsidenten einem Minister gegenüber, entsprach der Würdigung eines Ordnungsrufs gegen einen Abgeordneten. Der Minister hat damit seinen ersten Ordnungsruf in seiner langen parlamentarischen Praxis erhalten, während der Abgeordnete, der den Minister in dieser Weise herausgefordert hatte, ohne jede Rüge blieb. Der weitaus größte Teil des Hauses hat die Erledigung dieses Zwischenfalls durch den Präsidenten außerordentlich peinlich empfunden.“

Die deutsche Industrie hält fest am Reichsvorband! Gegenüber den in der Presse verbreiteten Hinweisen auf die Betätigung der Deutschen Industriellen-Vereinigung erscheint es zweckmäßig, festzustellen, daß die Gründung dieser Organisation dem Reichsvorband der Deutschen Industrie keinerlei Abbruch zu tun vermocht hat. Insbesondere stehen die sämtlichen korporatistischen Mitglieder, die den Schwerpunkt des Reichsvorbandes der Deutschen Industrie bilden, ohne jegliche Ausnahme geschlossen hinter ihrem Epigonenband. Gerade in den letzten Tagen ist der Zusammenhang zwischen dem Reichsvorband der Deutschen Industrie und seinen Fachgruppen wie landschaftlichen Verbänden, in denen die gesamte deutsche Industrie aller Berufsständigungen und aller Wirtschaftsgebiete von den größten Konzernen bis zu den mittleren und kleineren Betrieben organisatorisch lüden-

los zusammengefaßt ist, erneut zum Ausdruck gelangt. Dazu kommt, daß auch keine einseitige der dem Reichsvorbande unmittelbar angehörenden Einzelfirmen ihre Mitgliedschaft beim Reichsvorbande aufgehoben hat. Der Beitritt einzelner Außenleiter zu der Deutschen Industriellen-Vereinigung, der von deren Leitung als „gering Erfolg“ anzuzuschauen verurteilt wird, will angedeutet dieser Einheitsfront der deutschen Industrie im Reichsvorbande nicht das geringste bedeuten.

Ueber die Rede Dr. Stresemanns

in der Reichstagsitzung vom 6. Juni seien einige Urteile der Presse angeführt:

Der Bremer Neueste Nachrichten: „Aus den Wiederlegungen des neuen besetzten Parlaments waren einfach und würdevoll nur zwei Neben hervor: Die Regierungserklärung des Reichsfinanzministers Dr. Stresemann über seine Stellungnahme zum Sachverständigengutachten, die man ohne Bögen als eine der besten Reden über Außenpolitik bezeichnen kann, die jemals in der nachkriegsrationellen Zeit gehalten worden ist. Vom Worte des Reichsfinanzministers haben nach Bismarck etliche Diplomaten vom Reich gesprochen, die die Außenpolitik eines großen Volkes mit Zahlen und statistischen Mitteln verwechselten, oder — letzteres noch 1918 — Ideologen, für welche die Außenpolitik ein Teil des Parteiprogramms war. Gestern aber sprach endlich ein Mann, der die Realitäten des wirklichen Lebens klar erkennt und sie zu meistern sucht. Dr. Stresemann zog gestern absichtlich einen klaren Strich zwischen seiner Außenpolitik und der, wie er sich ausdrückt, veralteten Diplomatie. Das war ein offenes und ein befreiendes Wort. Es wurde endlich auch einmal in Deutschland gesagt, was man in der übrigen Welt schon längst weiß, daß in der Außenpolitik die Zeit der Kräfte und Witzesprüche im Stille Metternichs und Talleyrands vorüber ist, daß es nach neuen Methoden zu suchen gilt und daß man heutzutage die Interessen eines großen Volkes nicht mehr mit lächerlichen Auslegungsspielereien vertritt, sondern wie sie uns Graf Belpol in seiner Reichstagsrede vorbrachte.“

Brandenburgische Landeszeitung: „Wir sind jo arm an Köpfen und an Führern, daß es weder Personentumult treiben noch am parteipolitischen Gängelbande zapfen heißt, wenn wir unserer Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß Stresemann, der vielumkämpfte, auch diesmal wieder die Ziele seines außenpolitischen Kurses mit der Tiefe der Gedanken und der Meisterschaft rhetorischer Darstellung zu entwickeln in der Lage war, wie sie an ihm Freund und Gegner kennen und schätzen.“

Selbst die „Samburger Nachrichten“ schreiben: „Der Reichstag hat am Freitag aus der ersten großen politischen Aussprache im neuen Reichstag nicht nur mit dem verlaufeneren, durch die „Erwartungen“ bedingten Billigungsvotum, sondern auch noch einigermaßen in Form hervorgehen konnte, so veranlaßt es das allein seinem Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann, nach den beiden Anmerkungen und deshalb für das Deutsche Reich bezeichnend (?) Neben des Herrn Marx war Dr. Stresemanns große Rede geradezu die Rettung des Kabinetts.“ Und nach einigen kritischen Betrachtungen sagt das Blatt zusammenfassend: „Nimmerhin war die Stresemann'sche Rede gehalten und segnete von schlüssiger Gedankenarbeit an den Expertenautodaten. Der Unterschied zwischen dem Minister und den Deutschen nationalen liegt nur in der weiteren Aufstellung auf der einen, der bäreren Skepsis auf der anderen Seite.“

Steuererhöhungen.

Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtages beschäftigt sich mit der Beratung des Entwurfs einer zweiten preussischen Steuerordnung, durch welche die Mittel für die Besoldungserhöhungen der preussischen Beamten aufgebracht werden sollen. Aus der Vorlage werden folgende Erträge erwartet: Erhöhung der Hauszinssteuer um 50 Prozent 120 Mill. G.M., durch Kürzung der Provinzialdotationen 18 Mill. G.M., durch anderweitige Verteilung der Volkskassulasten 88 Mill. G.M., insgesamt 226 Mill. G.M.

Der Entwurf schlägt vor, die Hauszinssteuer auf 600 Prozent der Grundvermögenssteuer zu erhöhen. Ein Drittel soll zur Förderung des Neubaus dienen, ein

